Otto Ernst Remer

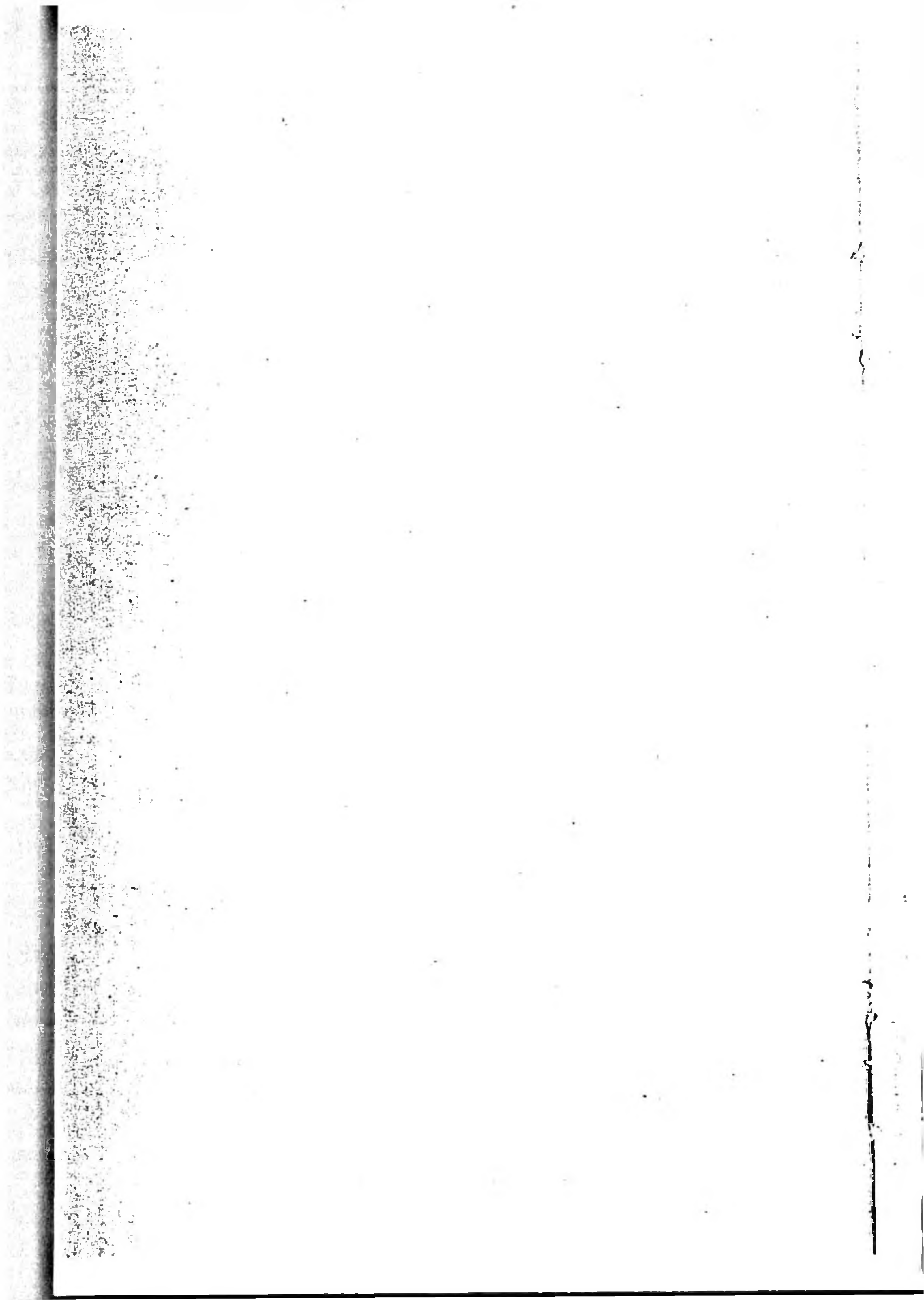
20. Juli 1944

1951

Verlag Deutsche Opposition, Hamburg 11

5. Auflage

INHALT



VORWORT

Mein Eintritt in die Politik

Im Juni 1949 traten in Godesberg am Rhein deutsche Männer zusammen, um zum ersten Mal nach dem Zusammenbruch gegen die stückweise Preisgabe des Deutschen Reiches und seine Aufteilung in je einen westlichen und einen östlichen „Satellitenstaat" zu protestieren. Bis zur Errichtung der westdeutschen Bundesrepublik und der sich unmittelbar anschließenden Begründung der Deutschen Demokratischen Republik der sowjetischen Besatzungszone hatte das Deutsche Reich weder tatsächlich noch juristisch zu bestehen aufgehört, wie von zahlreichen in- und ausländischen Sachverständigen des Staatsrechts immer wieder eindeutig festgestellt worden ist. Denn nicht das Deutsche Reich, vertreten durch das letzte gesamtdeutsche Staatsoberhaupt Großadmiral Dönitz, sondern lediglich das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht als rein militärische Dienststelle — das kann nicht oft genug betont werden — hat am 8. Mai 1945 die Kapitulationsurkunden unterzeichnet. Erst die Bereitschaft deutscher Nachkriegs-Politiker, durch Errichtung eines westdeutschen bzw. mitteldeutschen Separatstaates den alliierten Wünschen auf eine dauernde Zertrümmerung der deutschen Einheit nachzugeben, hat praktisch die Idee des Reiches, die aus den ältesten Perioden der deutschen Geschichte bis in unsere Tage herüberreicht, für den Augenblickserfolg einer Scheinsouveränität aufgeopfert. Künftige Generationen werden ohne Zweifel in diesem Vorgang eine verhängnisvolle deutsche Mitwirkung an einer langdauernden Aufspaltung des Reiches sehen. Keine noch so aufdringliche Zweckpropaganda wird vor dem unbestechlicheren Urteil einer späteren Geschichtsschreibung den wahren Ablauf der Ereignisse verschleiern und die Verantwortlichen verbergen können. Erst durch den Vorgang der deutschen Zustimmung zu dieser staatlichen Spaltung wurde den Siegergruppen die Möglichkeit gegeben, ihre Besatzungszone zum Aufmarsch- und Interessengebiet auszubauen und damit den einzig möglichen Ansatzpunkt echter gesamteuropäischer Politik für unabsehbare Zeit auszuschalten.

Die in Godesberg Versammelten waren entschlossen, gegen diese vorauszusehende und von Tag zu Tag sich deutlicher abzeichnende Entwicklung vor der deutschen Nation und der Welt zu protestieren und gleichzeitig die Stimme der echten deutsch-europäischen Opposition bei der bevorstehenden Wahl zum Bundestag zur Geltung zu bringen. Man kam nach eingehender Prüfung der Lage überein, sich durch einen Aufruf unmittelbar an die Wähler zu wenden, um sie zur Aufstellung und Wahl unabhängiger Kandidaten aufzufordern, nachdem sich die Militärregierungen bis dahin beharrlich geweigert hatten, außer den sog. lizenzierten Parteien weitere politische Gruppen zu genehmigen.

Obwohl ich zu dieser Tagung eingeladen war, vermied ich es, mich an der Diskussion zu beteiligen, und als man mich zur Unterschrift einer gemeinsamen Erklärung aufforderte, gab ich meine Stellungnahme in folgenden Worten kund: „Dieser Aufruf ist an sich so formuliert, daß ihn jeder bewußte Deutsche, also auch ich, unterzeichnen müßte. Es ist mir klar, daß meine Unterschrift für Tausende deutscher Soldaten, die mich als Frontkommandeur kennen, ein Fanal sein wird. Ich weiß aber auch, daß ein Teil des deutschen Offizierkorps infolge meines Entschlusses vom 20. Juli 1944 von vornherein in Opposition gegen eine an sich gute und notwendige Sache gedrängt wird, wenn ich mich sichtbar an ihr beteilige. Um aber jede Möglichkeit einer Spaltung der Geister in einer für den Fortbestand des Reiches lebensnotwendigen Frage auszuschließen, werde ich den vorliegenden Aufruf nur unter der Voraussetzung unterzeichnen, daß gleichzeitig mit mir ein ehemaliger Gegner des nationalsozialistischen Regimes, soweit er ehrlich den Interessen der deutschen Nation und des Reiches zu dienen glaubte, zur Mitunterzeichnung bereit ist."

Ich habe diese Erklärung damals in dem Bewußtsein abgegeben, daß in dieser schicksalhaften Frage die Stellungnahme zu dem früheren Regime belanglos sei und daß es nur auf die Sauberkeit der Gesinnung ankomme. Leider fand sich keiner der überlebenden Mitbeteiligten des 20. Juli 1944 bereit, seinen Namen unter den Aufruf zu setzen. Anscheinend galt ihr Haß nur dem Regiment Adolf Hitlers, nicht aber einer Gewaltpolitik auswärtiger Kräfte, die nach 1945 besonders mittels des Morgenthauplanes bestrebt waren, mit Hilfe deutscher Handlanger den Restbestand des Reiches und der deutschen Volkssubstanz zu zerstören, ohne daß aus den Reihen der ehemaligen „Widerständler" nur ein Wort des Protestes vernehmbar gewesen wäre. Diese Willfährigkeit bei aller sonstigen vernehmlichen Selbstbeweihräucherung jedoch und die fortdauernden Angriffe gegen meine politische Stellungnahme gerade aus den Reihen der ehemaligen Widerstandskämpfer hat meine Auffassung über die eigentlichen Motive dieser innerdeutschen „resistance", die sich inmitten eines entsetzlichen Völkerringens gegen die eigene Staatsführung erhob — nicht um den Kampf um so entschlossener fortzusetzen, sondern um ihn unter jeder noch so erbärmlichen Bedingung zu beenden —, entscheidend gewandelt.

Trotzdem hätte ich über die Ereignisse des 20. Juli 1944 weiterhin Stillschweigen gewahrt, wenn ich nicht seit dieser meiner Erklärung

fortlaufend als Mörder, Bluthund und neuerdings als Verräter meiner Kameraden von einer gesinnungstüchtigen Presse beschimpft worden wäre, ein Vorwurf, den ich schon im Interesse meiner damaligen Untergebenen nicht gelassen hinnehmen darf. Es ist seit dem 8. Mai 1945 ein derartiger Nebel von Lügen und Fälschungen über die jüngste deutsche Vergangenheit von allen Interessenten — und deren sind allzu viele — gebreitet worden, daß es nun hoch an der Zeit ist, ein Licht zu entzünden. Ich war noch nicht von Godesberg nach Hause zurückgekehrt, als wie auf ein geheimes Stichwort die gesamte Lizenzpresse über mich herfiel, um mich in jeder Weise zu verleumden und zu verdächtigen. Ich spürte allzu bald die Absicht heraus, nicht mich allein zu treffen, sondern durch mich das Millionenheer anständiger deutscher Soldaten, die sich getreu ihrem Eide von den Verschwörern des 20. Juli 1944 abgewandt und es bis zum bitteren Ende vorgezogen hatten, ihren Widerstandswillen gegen den äußeren Feind des Reiches und der deutschen Nation zu richten. Erst jetzt entschloß ich mich, aus meiner Reserve herauszutreten. Denn wenn man zuläßt, daß einerseits „Widerständler" und KZ-Häftlinge als Helden verherrlicht, andererseits pflichttreue Soldaten und Arbeiter als Verbrecher und Narren beschimpft werden, so macht man sich mitschuldig an der Schändung des Andenkens zahlloser Toter, die getreu ihrem Eide gefallen sind.

Es liegt also nicht an mir, daß das Gespräch über die Berechtigung des inneren Widerstandes während des zweiten Weltkrieges eine solche Schärfe angenommen hat; besser für die deutsche Zukunft wäre es gewesen, wenn es sachlich und unparteiisch hätte geführt werden können. Daran aber war offenbar denjenigen, die einer dauernden Niederhaltung und Aufsplitterung des deutschen Volkes dienstbar sind, wenig gelegen. Da nun die Debatte infolge der maßlosen Verherrlichung des mißlungenen Attentats und der fortdauernden Herabsetzung eidgetreuer deutscher Soldaten — und das war die überwältigende Mehrheit, die es sich energisch verbittet, als gutgläubige Hammelherde quasi „entschuldigt" zu werden — auf diese Weise in Gang gekommen ist, mag sie nun auch mit rückhaltloser Offenheit geführt werden. Wenn dabei die Märtyrergloriole der Attentäter des 20. Juli ein wenig verblassen sollte, so liegt die Schuld gewiß nicht bei mir.

Ich würde es jedoch nicht wagen, in einer so heiklen Frage das Wort zu ergreifen, wenn ich nicht auch heute noch von der Notwendigkeit meines Eingreifens am 20. Juli 1944 überzeugt, ja sogar entschlossen wäre, in ähnlicher Lage wieder ebenso zu handeln, denn wie der Eid, ist auch die Ehre unteilbar. Das Mark der Ehre aber ist die Treue.

I. TEIL

Meine Rolle am 20. Juli 1944 in Berlin

Meine Berufung zum Kommandeur des Wachregiments „Großdeutschland" in Berlin erfolgte eigentlich zu meiner Erholung und als Anerkennung für meine vielfachen Verwundungen an der Front und der dort erhaltenen Tapferkeitsauszeichnungen. Ich habe das Wachregiment insgesamt nur ein Vierteljahr geführt. Als ich nach Berlin kommandiert wurde, war ich bereits achtmal verwundet und Träger des Eichenlaubes zum Ritterkreuz. Später bin ich erneut verwundet worden.

Meine Aufgaben als Kommandeur des Wachregimentes, das ich Ende Mai 1944 übernahm, bestanden neben rein repräsentativen Pflichten in der Sicherung der Reichshauptstadt. Da in der näheren Umgebung und in Berlin selbst etwa 1 Million ausländischer Arbeiter beschäftigt waren, mußte mit der Möglichkeit des Ausbruchs innerer Unruhen gerechnet werden.

Am frühen Nachmittag des 20. Juli 1944 wurde mein Regiment, wie alle Truppen des Ersatzheeres, durch das Stichwort „Walküre" alarmiert. Dieses Stichwort war vorgesehen für eine Mobilisierung des Ersatzheeres im Falle innerer Unruhen. Während bei meinem Regiment die vorbereiteten Maßnahmen anliefen, begab ich mich befehlsgemäß zu meiner vorgesetzten Dienststelle, der Stadtkommandantur Berlin. Im Gegensatz zu anderen im Vorzimmer wartenden unterstellten Truppenführern wurde ich als einziger sofort zu dem Stadtkommandanten, Generalleutnant von Hase, vorgelassen und von diesem über Lage und Auftrag wie folgt orientiert: „Der Führer tödlich verunglückt! Innere Unruhen ausgebrochen, die Vollzugsgewalt übernimmt das Heer! Das Wachregiment erhält den Auftrag, das Regierungsviertel abzusperren, so daß weder ein General noch ein Minister die Absperrung passieren kann!"

Mir fiel bei der Befehlserteilung auf, daß diese durch einen neuen Generalstabsoffizier, einen Major, assistiert wurde, während der frühere erste Generalstabsoffizier untätig und auffallend nervös herumstand.

Ich war über die gegebene Orientierung naturgemäß erschüttert und fragte sofort: „Ist der Führer tatsächlich tot? Ist er verunglückt oder liegt ein Attentat vor? Wo sind innere Unruhen ausgebrochen? Ich

habe bei meiner Fahrt durch Berlin nichts gemerkt! Warum geht die Vollzugsgewalt auf das Heer und nicht auf die Wehrmacht über? Wer ist der Nachfolger des Führers? Der Nachfolger müßte doch der Reichsmarschall sein! Liegen irgendwelche Befehle oder Aufrufe von ihm vor?"

Da die Antworten mir kein klares Bild von der Lage gaben, sondern ein bestimmtes Mißtrauen in mir erweckten, versuchte ich, in die Schriftstücke Einblick zu nehmen, die vor General v. Hase auf dem Tische des Stadtkommandanten lagen. Diese Schriftstücke wurden daraufhin von dem Generalstabsoffizier ostentativ fortgenommen und in eine Mappe gesteckt. Auf der Fahrt zu meinem Regiment beherrschte mich der Gedanke: „Hitler tot, nun herrscht Kopflosigkeit, wahrscheinlich versuchen verschiedene Persönlichkeiten die Nachfolge anzutreten."

Ich nahm mir auf jeden Fall vor, mich in meiner Eigenschaft als Kommandeur der einzigen aktiven Truppe in Berlin unter keinen Umständen mißbrauchen zu lassen. Ich erinnerte mich an die Situation von 1918, die der Berliner Truppe den geschichtlichen Vorwurf einbrachte, daß sie durch ihr Zögern zum Gelingen der Revolution beigetragen habe.

Zu meiner Truppe zurückgekehrt, setzte ich sofort eine Offiziersbesprechung an und gab Lage und Auftrag bekannt. Ich ließ keinen Zweifel darüber, daß mir vieles unklar und zweifelhaft erscheine und ich nicht gewillt sei, mich und meine Truppe irgendwie mißbrauchen zu lassen. Ich verlangte von jedem Offizier unbedingten Gehorsam und Vertrauen zu mir persönlich, wie ich es als Frontsoldat gewohnt gewesen war. Nach der Besprechung erhielt ich zwei Meldungen, die mich beunruhigten. Einmal meldete mir der anwesende Leutnant Dr. Hagen, der zu meinem Stabe gehörte, er habe vor einer Stunde auf dem Wege zu mir den Feldmarschall v. Brauchitsch in voller Uniform in Berlin gesehen. Dieser Umstand war auffallend, da sich v. Brauchitsch im Ruhestand befand und sein Auftreten in Uniform ausgerechnet in der gegebenen Situation war verwunderlich. Zweitens versicherte mir der von der Kommandantur als Verbindungsoffizier zugeteilte Oberstleutnant Wolters, daß ich nicht glauben solle, er sei ein Spitzel. Eine derartige Aeußerung eines aktiven Offiziers war nicht nur ungewöhnlich und ärgerlich, sondern mußte in mir den Verdacht erwecken, daß irgendwie mit verdeckten Karten gespielt wurde. Kurz darauf wurde mir gemeldet, daß Oberstleutnant Wolters ohne Abmeldung verschwunden sei. Wie sich später herausstellte, hatte er durch die Ansprache an meine Offiziere Zweifel bekommen und war, um sich einer Verantwortung zu entziehen, einfach nach Hause gefahren, eine für einen aktiven Offizier unmögliche Handlungsweise.

Die Zweifel, ob die Schilderung der Lage durch den Stadtkommandanten den wirklichen Tatsachen entsprach, veranlaßten mich zu dem Entschluß, mich selber über die Lage zu orientieren und alle erreichbaren Dienststellen anzurufen. Eine Handlungsweise, die für jeden Truppenführer selbstverständlich ist, bevor er seine Truppe zum Einsatz bringt. Das Ergebnis dieser Rückfrage war, daß überall gleiche Un-

kenntnis und Unsicherheit herrschte. Ich entschloß mich daher, den Leutnant Dr. Hagen, der beruflich im Propagandaministerium tätig gewesen war, zum Reichsverteidigungskommissar zu senden, von dem ich annahm, daß er nicht nur über die militärische, sondern auch über die politische Lage unterrichtet sein werde. Reichsverteidigungskommissar für Berlin war Dr. Goebbels.

Etwa 1½ Stunden nach Auslösung des „Walküre"-Befehls war die Truppe einsatzbereit und rückte befehlsgemäß in die vorgesehenen Absperrungsräume. Nach persönlicher Ueberprüfung des Einsatzes an Ort und Stelle begab ich mich zum Stadtkommandanten, General v. Hase, um Vollzugsmeldung zu erstatten. Bei dieser Gelegenheit erhielt ich den zusätzlichen Auftrag, den Häuserblock nördlich des Anhalter Bahnhofes (auf der Karte gezeigt) besonders scharf abzusperren.

Als ich diesen Auftrag an Ort und Stelle durchführen wollte, stellte ich fest, daß in dem bezeichneten Gebäudekomplex das Reichssicherheitshauptamt untergebracht war. Die Unklarheit, um nicht zu sagen Unaufrichtigkeit des mir erteilten Auftrages mußte meinen Argwohn, daß irgend etwas nicht stimme, nur noch verstärken. Warum gab man mir nicht den klaren Auftrag, auf den Reichssicherheitsdienst aufzupassen? Ich hätte selbstverständlich auch diesen Befehl ausgeführt.

Bei meinem dritten Besuch bei General v. Hase fragte ich ihn daher offen: „Warum, Herr General, bekomme ich so unklar formulierte Befehle, warum sagt man mir nicht, daß ich auf den Reichssicherheitsdienst besonders aufpassen soll?" Hase war sehr nervös und aufgeregt und ging auf meine Frage gar nicht ein. Dagegen entnahm ich aus einem Gespräch des Generals von Hase mit seinem neuen Ia, daß er nunmehr auch Goebbels verhaften müsse und dieser Auftrag von mir durchgeführt werden solle. Da mir die Durchführung dieses Auftrages nicht genehm war, schaltete ich mich in das Gespräch ein und sagte zu General von Hase: „Herr General, ich halte mich für denkbar ungeeignet! Sie wissen, daß ich langjähriger Angehöriger der Division Großdeutschland bin, deren Aermelstreifen ich noch jetzt trage. Es ist Ihnen bekannt, daß Dr. Goebbels als Gauleiter von Berlin gleichzeitig Protektor der Division Großdeutschland ist. Ich habe Goebbels erst vor 14 Tagen in seiner Eigenschaft als Protektor der Division Großdeutschland pflichtgemäß meinen persönlichen Antrittsbesuch gemacht. Ich halte es aus diesem Grunde für unangebracht, ausgerechnet mich mit der Verhaftung meines Protektors zu beauftragen." Wahrscheinlich hatte von Hase für meine Einwendungen Verständnis oder er übergab aus anderen Ueberlegungen heraus nunmehr dem Heeresstreifendienst den Auftrag zur Festnahme und Festsetzung des Reichsministers Goebbels.

Nach Verlassen des Dienstzimmers des Stadtkommandanten von Hase erreichte mich auf dem Flur endlich der von mir zum Reichsverteidigungskommissar entsandte Offizier und meldete mir als Ergebnis seiner Verbindungsaufnahme: „Völlig neue Lage! Es handelt sich wahrscheinlich um einen Militärputsch! Der Reichsverteidigungskommissar läßt Sie bitten, unverzüglich zu ihm zu kommen! Wenn Sie nicht in 20 Minuten bei ihm erschienen sind, muß er annehmen, daß Sie mit Gewalt

zurückgehalten werden. Er sieht sich dann gezwungen, die Waffen-SS zu alarmieren."

Mein damals noch bestehendes Vertrauen zu der Person des Generals von Hase mag man daraus ersehen, daß ich Ltn. Dr. Hagen veranlaßte, dem General von Hase die soeben überbrachte Meldung in meinem Beisein zu wiederholen. Meine Bitte, dieser Aufforderung des Reichsverteidigungskommissars nachkommen zu dürfen und eine in aller Interesse erforderliche Klärung der Lage herbeizuführen, wurde abgelehnt. Nach Verlassen der Kommandantur bin ich mit mir zu Rate gegangen, was ich nun zu tun hätte.

Ich kam zu dem Entschluß, trotz des gegenteiligen Befehls zu Goebbels zu fahren, und zwar aus folgenden Gründen:

1. wollte ich mir meine Handlungsfreiheit nicht nehmen lassen;
2. fühlte ich mich nach wie vor eidgebunden, denn bislang war die Meldung vom Tode des Führers zumindest zweifelhaft. Ich mußte also handeln, wie es mir mein Fahneneid vorschrieb;
3. hatte ich an der Front, unzählige Male auf mich selbst gestellt, selbständige Entschlüsse fassen müssen, deren Richtigkeit durch die Verleihung hoher Auszeichnungen bestätigt wurde. Nur durch entschlossenes Handeln konnte manche Lage gemeistert werden. Ich fühlte mich eins mit meinen Kameraden an der Front, die es nicht verstanden hätten, wenn ich aus Mangel an Zivilcourage die Hände in den Schoß gelegt und es durch eigenes Verschulden zu einer Entwicklung hätte kommen lassen, die verhängnisvoll werden konnte;
4. befand ich mich in einer Zwangslage, da Dr. Goebbels die Alarmierung der Waffen-SS vorhatte, so daß mit einem Kampf zwischen Waffen-SS und Heer zu rechnen war. Als Kommandeur der einzigen aktiven Truppe in Berlin war ich für das Leben der mir anvertrauten Soldaten verantwortlich. Diese für eine völlig ungeklärte Sache einzusetzen, stand mir nicht zu.

Ich war aber auch der Person Goebbels gegenüber mißtrauisch, denn da immer noch die Annahme bestand, daß der Führer tot sei, hielt ich einen Kampf um seine Nachfolge für möglich. Mich und meine Truppe in einen solchen Nachfolgekampf hineinziehen zu lassen, lag mir fern. Da mir die Stellung Goebbels nicht klar war, nahm ich mir zu dem Besuch bei ihm einen Leutnant und einen Zug Soldaten mit, welche den Auftrag hatten, mich so oder so herauszuholen, wenn ich nach einer Viertelstunde das Ministerium Goebbels nicht verlassen haben würde.

Ich selbst drang dann mit entsicherter Pistole bis ins Dienstzimmer von Goebbels vor und bat ihn, mich über die Lage zu orientieren. Goebbels forderte mich darauf seinerseits auf, ihm darüber Auskunft zu geben, was mir bekannt sei. Ich kam diesem Wunsch nach, verschwieg allerdings seine von Hase beabsichtigte Verhaftung, da mir zweifelhaft war, welche Rolle er in der ganzen ungeklärten Situation spielte. Befragt, was ich zu tun gedächte, sagte ich ihm, daß ich mich an meine militärischen Anweisungen zu halten und diese durchzuführen ent-

schlossen sei. Auch wenn der Führer nicht mehr lebe, fühle ich mich an meinen Eid gebunden und könne nur so handeln, wie es mir mein Gewissen als Offizier vorschreibe.

Darauf sah mich Goebbels erstaunt an und sagte: „Wieso? Der Führer lebt doch! Ich habe soeben mit ihm telefonisch gesprochen! Das Attentat ist mißlungen."

Diese Information kam für mich völlig überraschend. Ich bat Goebbels um sein Ehrenwort, daß seine Mitteilung wahr sei und daß er selber bedingungslos hinter Adolf Hitler stehe. Goebbels zögerte zunächst, da ihm dieses Ansinnen wohl nicht ganz verständlich erschien. Erst auf meine wiederholte Bitte, daß ich sein Ehrenwort als verantwortlich handelnder Offizier brauche, um klar zu sehen, gab er es mir.

Ich bat ihn darauf, mich telefonisch mit dem Hauptquartier verbinden zu lassen. Innerhalb einer Minute war die Verbindung hergestellt und Adolf Hitler persönlich am Apparat. Goebbels informierte ihn kurz und gab mir dann den Hörer. Adolf Hitler sagte etwa:

„Hören Sie mich? Ich lebe also! Das Attentat ist mißlungen. Eine kleine Clique ehrgeiziger Offiziere wollte mich beseitigen. Aber jetzt haben wir die Saboteure der Front. Wir werden mit dieser Pest kurzen Prozeß machen.

Sie erhalten von mir den Auftrag, sofort die Ruhe und Sicherheit in der Reichshauptstadt wieder herzustellen, wenn notwendig mit Gewalt. Sie werden mir zu diesem Zweck persönlich solange unterstellt, bis der Reichsführer-SS in der Reichshauptstadt eintrifft!" Meine Zweifel waren mit diesem Anruf endgültig beseitigt, nach wie vor galt mein Adolf Hitler geleisteter Eid, es ging für mich jetzt ausschließlich darum, durch schnelles Handeln und Eingreifen unnötiges Blutvergießen zu vermeiden.

Von meinem Aufenthalt auf der Stadtkommandantur Berlin waren mir die Anordnungen für die nach Berlin anrückenden Truppenteile bekannt. Um die Kommandeure der nach Berlin befohlenen Truppenteile über die wirkliche Lage zu informieren, schickte ich ihnen nach allen Richtungen Ordonanzoffiziere entgegen. Die Orientierung der anrückenden Truppen glückte in vollem Umfange. Ich möchte feststellen, daß alle Kommandeure, die gleich mir empört waren über die Vorfälle, sich bedingungslos meinem Kommando unterstellten, obwohl ich dienstgradmäßig jünger war. Es zeigte sich also, daß für sie alle der Fahneneid verbindlich war. Es sind nur dort Schwierigkeiten aufgetreten, wo eine persönliche Orientierung nicht möglich war.

Auf Grund der herrschenden Unsicherheit und auf Grund von Mißverständnissen wäre es um ein Haar an zwei Stellen zu einem Antreten anderer Truppenverbände gegen meine eigene Truppe gekommen. Auf dem Fehrbelliner Platz hatte sich auf Befehl der Verschwörer eine Panzerbrigade bereitgestellt, konnte jedoch durch einen Funkbefehl des Generalobersten Guderian aus den Reihen der Verschwörer herausgebrochen werden. Diese Truppe setzte daraufhin von sich aus Aufklärung an und kam zu der irrtümlichen Auffassung, daß das Wachregiment

Großdeutschland auf der Seite der Verschwörer stehe und Reichsminister Goebbels festgesetzt habe. Zum geplanten Einsatz fühlten einige Panzer der Brigade vor, und es wäre um ein Haar zu einem Blutvergießen zwischen deutschen Soldaten gekommen. Die gleiche Situation spielte sich vor dem Bendler-Block ab, der Dienststelle des Oberbefehlshabers des Ersatzheeres, als eine Panzergrenadierkompanie meine etatsmäßig gestellte Wache ablösen wollte. Durch energisches Eingreifen einiger Offiziere meines Regimentes konnten im letzten Augenblick Mißverständnisse beseitigt und ein Schußwechsel zwischen deutschen Soldaten vermieden werden.

Der Spätnachmittag des 20. Juli war mit unzähligen Einzelanordnungen ausgefüllt. Unter anderem hatte ich die Ersatzbrigade „Großdeutschland" aus Cottbus als Eingreifreserve an den Stadtrand Berlins herangezogen. Meine eigene Truppe zog ich dichter um den Komplex der Reichskanzlei zusammen, um eine sofort einsatzbereite schlagkräftige Truppe zur Hand zu haben. Ich ließ die Stadtkommandantur abriegeln, da ich den Eindruck gewonnen hatte, daß sich dort einige fragwürdige Personen aufhielten. Der Stadtkommandant selber, General von Hase, war während dieser Maßnahmen zum stellvertretenden Generalkommando gefahren, um sich dort mit dem von den Verschwörern eingesetzten General über weitere Maßnahmen klar zu werden. Man hat dort zwei Stunden verhandelt und kam zu keinem Entschluß. Nach Hases Rückkehr zu seiner Kommandantur bat ich ihn telefonisch, mich zwecks Klärung der Lage auf meinem Gefechtsstand in der Dienstwohnung Goebbels aufzusuchen. Zunächst lehnte er meine Aufforderung ab und verlangte von mir, daß ich als sein Untergebener zur Kommandantur kommen solle. Erst auf meinen Hinweis, daß ich von Adolf Hitler persönlich in direkter Unterstellung mit der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Berlin beauftragt sei, daß er also mir unterstellt sei und von mir geholt würde, wenn er nicht käme, kam er freiwillig zu mir. Ich hatte damals noch immer den Eindruck, daß von Hase ebenso wie ich zunächst mißbraucht worden sei und von der wahren Lage keine Kenntnis habe. Ich entschuldigte mich daher wegen meiner ungewöhnlichen Maßnahme bei ihm. Hase war die Liebenswürdigkeit in Person und sprach mir seine Anerkennung für meinen selbständigen Entschluß, Dr. Goebbels aufzusuchen, aus, da auf diese Weise viel Unheil verhindert worden sei. Auch Goebbels gegenüber spielte er den Unwissenden und tat so, als ob er von den ganzen Vorgängen nichts ahne. Er wurde gebeten, sich für weitere Rückfragen zur Verfügung zu halten, ein Zimmer der Dienstwohnung Goebbels wurde ihm zugewiesen.

Bis zum Abend sah ich noch immer nicht klar, wo der eigentliche Kopf der Verschwörung zu suchen sei. Erst auf Grund der Meldung eines im Bendler-Block zum Wachdienst kommandierten Offiziers meines Regimentes schöpfte ich Verdacht. Die Meldung besagte, daß zusätzlich zu unserer ständigen Wache durch Stabsoffiziere Personenkontrollen durchgeführt würden und man neue Ausweise herausgegeben habe. Ich ordnete deshalb die Absperrung des Bendler-Blockes durch zwei Kompanien an.

Der gleiche Offizier meldete mir am späten Abend, daß im Hofe des Bendler-Blockes Erschießungen stattfänden. Ich war darüber sehr empört, da es mein Stolz gewesen war, daß die gesamte Aktion bis dahin ohne einen Schuß durchgeführt worden war. Ich fuhr deshalb sofort zum Bendler-Block, um weitere Erschießungen zu verhindern. Beim Betreten des Bendler-Blockes traf ich auf Generaloberst Fromm, den Oberbefehlshaber des Ersatzheeres. Er war sehr aufgeregt und schien erschüttert. Mich erkennend, sprach er mich an: „Endlich ein anständiger Offizier von Großdeutschland. Was wissen Sie von der Lage?" Ich erteilte ihm kurz Auskunft, sagte ihm, daß ich vom Führer persönlich mit allen Vollmachten zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Berlin beauftragt sei. Wegen der größeren Zusammenhänge möge er sich mit Reichsminister Goebbels in Verbindung setzen. Was auch geschah.

Was hatte sich nun in der Zwischenzeit im Bendler-Block abgespielt? Stauffenberg war nach dem Attentat nach Berlin geflogen und hatte im Bendler-Block den Feldmarschall von Witzleben und die Generalobersten Höppner und Beck angetroffen und gemeinsam mit General Olbrich begonnen, zu regieren. Auch der Generaloberst Fromm, als Oberbefehlshaber des Ersatzheeres, wurde zum Anschluß aufgefordert, was dieser jedoch energisch ablehnte. Als Fromm erfuhr, daß Stauffenberg persönlich Adolf Hitler umgebracht habe (dieser Ansicht war man allgemein), wollte er Stauffenberg festsetzen. Dies führte dazu, daß nunmehr die Verschwörer ihrerseits Fromm festnahmen und ihn in seine Büroräume einsperrten. Als im Laufe des Nachmittags bekannt wurde, daß Adolf Hitler am Leben geblieben sei, taten sich einige Generalstabsoffiziere des Bendler-Blockes zusammen und organisierten eine Gegenbewegung, die dann zur Befreiung Fromms führte. Dieser, nunmehr im Besitz seiner Handlungsfreiheit, drehte den Spieß um und ließ durch ein Standgericht den General Olbrich, den Oberst von Stauffenberg und einige andere an der Verschwörung beteiligte Offiziere aburteilen und unverzüglich erschießen. Dem Generalobersten Beck gab man Gelegenheit, sich selbst zu erschießen. Der Feldmarschall von Witzleben und der Generaloberst Höppner wurden festgenommen.

Als ich den Bendler-Block betrat, waren die Erschießungen bereits durchgeführt. Ich hatte nichts damit zu tun und alle diesbezüglichen Behauptungen der Presse sind lediglich böswillige Verleumdungen.

Nachdem Fromm den Bendler-Block verlassen hatte, befahl ich schärfste Absperrung und sorgte im Bendler-Block selbst für Wiederherstellung der dienstlichen Ordnung. Die späteren Verhaftungen und die Sicherstellung des Materials über die Verschwörung erfolgte auf Befehl des Reichsführers-SS Himmler durch Organe des Reichssicherheitsdienstes.

Bei Rückkehr auf meinen Gefechtsstand traf ich dort gegen 24 Uhr Himmler an. Ich meldete ihm die befohlenen Maßnahmen. Bei Anbruch der Helligkeit wurde ich mit meiner Truppe entlassen.

Die Folgerungen

Zu der Behauptung, ich hätte mir durch mein Verhalten in diesen Tagen persönliche Vorteile verschafft, habe ich folgendes zu sagen: Auf meine ausdrückliche Bitte hat Adolf Hitler von der beabsichtigten Verleihung der Brillanten zum Ritterkreuz abgesehen. Ich hielt die Brillanten für eine Tapferkeitsauszeichnung, ich wollte sie daher nicht für eine Aktion erhalten, bei der von meiner Truppe nicht ein Schuß abgegeben worden. war. Ich habe diese meine Auffassung Adolf Hitler persönlich mitgeteilt, der sie anerkannte. Im übrigen hielt ich den Aufstand vom 20. Juli 1944 für einen Fleck auf dem Ehrenschild des deutschen Offizierkorps, an den ich nicht durch eine Auszeichnung erinnert sein wollte. Desgleichen habe ich die geplante Uebereignung eines Landgutes mit dem Hinweis abgelehnt, daß ich Soldat sei, es auch in Zukunft zu bleiben hoffe und daß mir daher ein Landgut wenig dienlich sei. Meine Beförderung zum Oberst erfolgte auf Grund meiner Regimentsführertätigkeit an der Front, nachdem bereits während meiner Kommandierung zum Wachregiment vor den Ereignissen des 20. Juli meine Beförderung zum Oberstleutnant vorlag. Bereits vier Wochen nach dem 20. Juli bat ich um erneute Frontverwendung, da ich keine Lust hatte, mich in Berlin zum Operettenoffizier degradieren zu lassen. Meinem diesbezüglichen Gesuch wurde stattgegeben. Die spätere Beförderung zum Generalmajor ergab sich aus der erfolgreichen Führung einer Brigade an der Front.

Wenn nun hartnäckig das Gerücht verbreitet wird, nur durch mein Eingreifen sei ein an sich aussichtsreiches Unternehmen gescheitert, und ich sei daher für alles verantwortlich, was sich seit jenem Tage bis zur Gegenwart abgespielt habe, so tut man mir gewiß zu viel Ehre an. Ich persönlich bin wesentlich bescheidener und nehme nur das Verdienst in Anspruch, einen bereits zu Beginn mißlungenen Putsch so nachhaltig gedämpft zu haben, daß es zu keinem Bruderkampfe mehr kam und der Welt das jämmerliche Schauspiel eines Ausbruches der altgewohnten deutschen Zwietracht in höchster gemeinsamer Not erspart blieb. Denn

mag man im Lager der westlichen und östlichen „Sieger“ die Kämpfer des innerdeutschen Widerstandes auch offiziell feiern: im Grunde des Herzens verachtet man sie doch, wie wir während unserer Gefangenschaft aus dem Munde alliierter Offiziere oft genug erfahren mußten und wie es uns sogar von der alliierten Presse bestätigt wurde.

Der Aufstand des 20. Juli 1944 scheiterte nicht an meinem Eingreifen, sondern an der inneren Ziel- und Konzeptionslosigkeit seiner Veranstalter, die sich nur in der Ablehnung Hitlers einig, in allen übrigen Fragen aber völlig uneins waren. Er scheiterte, weil er mit unklaren Vorstellungen begonnen, mit unzureichenden Mitteln vorbereitet und mit einer geradezu erschütternden Hilflosigkeit durchgeführt wurde.

Die Ursache dieses technischen wie menschlichen Versagens aber liegt — es läßt sich leider nicht verschweigen — in dem Mangel an persönlichem Mut, der bei allen Beteiligten zutage trat. Selbst ein Mann wie der Oberst Stauffenberg, der zweifelsohne ein bewährter Frontoffizier war, hat in dieser Angelegenheit jegliche persönliche Einsatzbereitschaft, die zum Gelingen eines solchen Vorhabens mindestens doch beim Attentäter selbst vonnöten war, vermissen lassen. Kein geringerer als Stauffenberg selbst hat durch sein Verhalten seine Mitverschworenen und sich selbst dem Verderben ausgeliefert. Statt wenigstens doch in der Nähe des Beratungszimmers die Explosion seiner Bombe abzuwarten und sich persönlich von deren Wirkung zu überzeugen, hat Oberst v. Stauffenberg es vorgezogen, sich baldmöglichst vom Tatort zu entfernen und nach seiner Ankunft in Berlin seinen Mitverschworenen und Vorgesetzten eine Meldung zu erstatten, von deren Richtigkeit er sich nicht persönlich überzeugt hatte und die — wie sich später herausstellte — eine Falschmeldung war. Was mit einem Stabsoffizier unter völlig normalen Umständen geschehen wäre, der sich in einer so bedeutsamen Angelegenheit eine derartige Fahrlässigkeit hätte zuschulden kommen lassen, die zu derart unabsehbaren Folgen führte, ist unschwer zu ermessen. Wahrscheinlich wäre sein Ende nicht wesentlich anders gewesen, als das des Obersten v. Stauffenberg. Denn erst infolge der Falschmeldung Stauffenbergs wurden die Mitverschworenen in Berlin veranlaßt, aus ihrer bisherigen Tarnung hervorzutreten und ihre Regierungstätigkeit aufzunehmen. Was sie wohlweislich unterlassen hätten, wenn sie um den tatsächlichen Ausgang des Attentats gewußt hätten. Zum mindesten hätten sie nun, wenn sie sich schon entdeckt glaubten, ganz andere Maßnahmen ergriffen. Denn noch bestand die Möglichkeit. unter Ausnutzung der allgemeinen Verwirrung das mißlungene Attentat sofort durch ein neues zu ersetzen. Das alles hätte geschehen können, wenn Oberst v. Stauffenberg bis zur Detonation der Bombe am Tatort verblieben wäre und sich selbst vom Erfolg seines Unternehmens überzeugt hätte. Es blieb jedoch noch eine andere Möglichkeit: der im Führerhauptquartier anwesende Inspekteur der Nachrichtentruppe, General Fellgiebel, hatte von den Verschworenen die Anweisung erhalten, unmittelbar nach dem Attentat die Nachrichtenzentrale zu sprengen, um zunächst das gesamte Hauptquartier von der Außenwelt abzuschneiden und jegliche Einwirkung irgendwelcher Persönlichkeiten aus der Umge-

bung Adolf Hitlers zu verhindern. Im Gegensatz zu Stauffenberg wartete Fellgiebel zunächst den Ausgang des Unternehmens ab. Als er jedoch erfuhr, daß das Attentat gescheitert und der Führer am Leben sei, ergriff er nicht — die Verwirrung ausnutzend — seine Waffe, um den von ihm so gehaßten Diktator niederzustrecken, sondern er begab sich eilends an die Stätte der Katastrophe, um dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht zur Lebensrettung zu gratulieren.

Man wird sich erinnern, daß der ursprüngliche Plan der Verschworenen dahin ging, die Bombe (die übrigens aus England stammte) im Sturmgepäck eines Obergefreiten unterzubringen, der dem Führer eine neue Feldausrüstung vorführen sollte und der im Falle der Durchführung dieser Absicht unweigerlich in Stücke zerrissen worden wäre. Lediglich die Verschiebung der geplanten Vorführung hat diesem völlig ahnungslosen Manne das Leben gerettet.

An dieser Stelle aber wird die entscheidende Problematik des 20. Juli 1944 sichtbar: Seit Menschengedenken sind Offiziere und Soldaten der bewaffneten Macht in besondere Verpflichtung genommen worden. Der Träger der Waffen bedarf einer festeren Bindung als der zivile Staatsbürger, nicht zuletzt zum Schutze der nichtkämpfenden Bevölkerung, denn allzu leicht könnte der Soldat als Waffenträger ohne die eiserne Klammer der Disziplin, deren letzte Begründung im Fahneneide liegt, zum Marodeur, zum Räuber werden, der seiner Obrigkeit selbst die Stirn zu bieten wagt. Die Weltgeschichte ist erfüllt von Beispielen, was aus einer Truppe wird, der die bindende Kraft des Eides nicht mehr gegenwärtig ist. Selbst der Bundesgrenzschutz wird des Eides nicht entbehren können, und man darf gespannt sein, welche Formel diejenigen erfinden werden, die nicht laut genug predigen konnten, daß die Eidestreue des deutschen Soldaten im zweiten Weltkrieg Dummheit. wenn nicht Schlimmeres gewesen sei, während dem Eidbruch jegliches Lob gebühre. Ein Eid mit beschränkter Rücktrittsmöglichkeit ist bisher nicht erfunden worden, Eid ist Eid, daran wird schwerlich etwas zu deuteln sein. Wer am Eide rüttelt, rüttelt an den Grundfesten der Welt, und er muß sich klar darüber sein, daß er an die letzten Bande rührt, an die sich der Mensch in verworrenen Zeiten zu klammern vermag. Gewiß hat es in der Weltgeschichte nicht an entschlossenen Persönlichkeiten gefehlt, die aus letzter Verantwortung diesen Schritt gewagt haben, aber sie besaßen nur dann das moralische Recht zu ihrem Handeln. wenn sie bereit waren, mit ganzer Person für ihre Sache einzutreten und sich notfalls selbst zu opfern. An dieser Bereitschaft hat es den Veranstaltern des 20. Juli gefehlt, und daran sind sie gescheitert. Mehr noch: die Hauptakteure waren sämtlich Offiziere. Es ist nicht anzunehmen, daß ihre Pläne dahin gingen, entsprechend den Absichten der Sieger Deutschland für immer wehrlos zu erhalten. Aus ihrer Tat also sollte eine erneute Wehrmacht und ein erneuertes Offizierkorps hervorgehen. Wie aber sollte dieses erneuerte Offizierkorps und die erneuerte Wehrmacht bestehen, wenn der Ausgang ihrer Existenz ein Eidbruch war? Mußte nicht dieser Eidbruch auch das Denken nachfolgender Sol-

datengenerationen vergiften und damit die Armee nach dem Bilde der spätrömischen Legionen zum Spielball ehrgeiziger Usurpatoren machen? Die Zukunft wird ohnehin nach Nürnberg, Landsberg und Tokio noch oft genug mit diesem Problem zu tun bekommen.

Ein Offizier, der es unternimmt, die Waffe gegen den Eidträger zu erheben, dem er selbst gleich dem jüngsten Rekruten vor Gott den Eid der Treue und des Gehorsams geschworen hat, vermag sich und seine Kameraden, vor allem aber die künftigen Soldatengenerationen nur vor den unvermeidlichen Folgen seiner Tat zu bewahren, wenn er selbst, unmittelbar nach vollzogener Tat, seinem eigenen Leben ein Ende setzt und damit den Makel des Eidbruches mit sich ins Grab nimmt.

Das mögen harte Grundsätze sein, schwerlich jedoch wird je eine bewaffnete Macht solcher Prinzipien entbehren können, denn es geht hier um ernstere Dinge, als sie das Hirn eines eilfertigen Zeitungsschreibers zu erfassen vermag, Dinge, von denen schließlich die Sicherheit des menschlichen Daseins abhängt. Weil keiner unter den Verschworenen den Mut fand, das Attentat mit eigener Hand zu vollziehen und sich dann selbst im Namen aller zu opfern, blieb der 20. Juli eine Revolte, ein bloßer Akt der Verneinung ohne die Spur einer positiven Konzeption. Mir blieb die undankbare Aufgabe, die verlöschenden Flammen vollends auszutreten. Daß dies ohne Gewaltanwendung geschehen konnte und daß es vor allem das Heer selbst war, das ohne Heranziehung anderer Wehrmachtsteile die zu dieser Stunde notwendige Bereinigung vornahm, erfüllt mich allerdings mit Stolz.

Wenn nun über die Härte der Urteile gegen die Verschworenen des 20. Juli laute Klagen angestimmt werden, so will man sich bewußt nicht daran erinnern, daß bislang in allen kriegführenden Staaten Hochverräter als Landesverräter behandelt wurden, daß die Regierung Seiner britischen Majestät im ersten Weltkrieg den irischen Freiheitskämpfer Sir Roger Casement im Tower erschießen ließ, der Verbindung mit den Mittelmächten aufgenommen hatte, während England sich in einem Kriege mit Deutschland befand, an dem Irland nur gezwungenermaßen teilnehmen mußte, und daß der französische Kriegspremier Clemenceau im Frühjahr 1917 wahllose Massenerschießungen unter den meuternden Frontdivisionen anordnete, als ihnen nach dem Scheitern der Nivelle-Offensive die Fortführung des Krieges sinnlos erschien.

Wie wenig die Verschwörer den Fortgang des Geschehens im Falle eines Erfolges ihrer Revolte bedacht hatten, ergibt sich unverkennbar aus dem völligen Fehlen einer außenpolitischen Konzeption. Die Putschisten wußten gleich der verantwortlichen deutschen Führung um die Beschlüsse von Casablanca. Sie kannten die Vernichtungsabsichten unserer Kriegsgegner, sie besaßen trotz Fühlungnahme mit den Westmächten keinerlei bindende Zusagen über eine schonende Behandlung Deutschlands im Falle des Gelingens ihrer Umsturzpläne. Bei nüchterner Beurteilung der Lage mußten sie sich darüber klar sein, daß dieser Krieg nicht gegen das Regime Adolf Hitlers, sondern gegen das deutsche Volk als Gesamtheit geführt wurde, und sie unternahmen es

trotzdem, einen deutschen Bruderkampf heraufzubeschwören, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, was daraus folgen würde. Sie wußten vor allem, daß man im Westen entschlossen war, nicht nur die deutsche Industrie zu zerstören, sondern weit über die Hälfte des Reichsgebietes den grimmigsten Feinden Europas, den Bolschewisten, zur freien Verfügung zu überlassen. Ihr Entschluß zum Aufstand wurde weit weniger von der Liebe zur deutschen Nation, als von blindem Haß gegen Hitler bestimmt. Aus blindem Haß aber ist noch nie eine positive Leistung geboren worden. Wenn es noch eines Beweises für ihre Gleichgültigkeit dem nationalen Schicksal gegenüber bedurft hätte, so wurde er der deutschen Nation durch das Schweigen der Ueberlebenden gegenüber den Gewaltakten der „Sieger" eindeutig erbracht.

Es bedarf keiner Frage, was geschehen wäre, wenn das Unternehmen des 20. Juli 1944 Erfolg gehabt hätte: Die deutsche Ostfront, die sich gerade damals in schwersten Abwehrkämpfen befand, wäre zweifellos infolge des notwendigerweise ausbrechenden Bürgerkrieges und der damit verbundenen Unterbrechung des Nachschubs zusammengebrochen. Ich selbst habe damals über 10 000 Briefe deutscher Frontkämpfer erhalten, die mir mitteilten, sie hätten sich mit ihren Waffen gegen die Heimat gewandt, wenn bei ihnen nur der Verdacht einer Rebellion im Bereich des Ersatzheeres aufgetaucht wäre. So lautete die Stimme der Front. Ein Zusammenbruch der Ostfront aber hätte nicht nur den Abtransport von weiteren Millionen deutscher Soldaten in die russischen Gefangenenlager bedeutet, sondern auch die Umquartierung ungezählter deutscher Frauen und Kinder verhindert, die in den Ostgebieten des Reiches ansässig oder infolge des westalliierten Luftterrors dorthin umquartiert worden waren. Als Generaloberst Jodl von den Nürnberger Richtern befragt wurde, warum er für eine Fortsetzung des deutschen Widerstandes eingetreten sei, erwiderte er, weil allein dadurch die Möglichkeit bestand, Millionen deutscher Frauen und Kinder und die Masse des Ostheeres dem Zugriff der Russen zu entziehen. Den gleichen Standpunkt hat Großadmiral Dönitz in Nürnberg vertreten, den nur Böswilligkeit oder Dummheit zu widerlegen versuchen wird.

Die weiteren Folgen eines Zusammenbruches der deutschen Ostfront lassen sich nur erahnen. Fest steht jedenfalls, daß die Absicht der sowjetischen Kriegführung darauf abzielte, noch vor dem Eintreffen der Westalliierten in Europa vollendete Tatsachen zu schaffen, d. h. also, den Vormarsch bis zum Rhein fortzusetzen, um so den Anschluß an ein wohlbedacht probolschewisiertes Frankreich zu gewinnen. Denn eines wird die Geschichtsschreibung kommender Jahrzehnte einwandfrei konstatieren, daß einzig der verbissene Widerstand zerfetzter deutscher Frontdivisionen vor Wien, Prag, Berlin, Breslau und Stettin in den Maitagen des Jahres 1945 den Rest Europas vor der endgültigen Ueberschwemmung durch den Bolschewismus bewahrt hat.

Die deutschen Probleme sind nicht erst seit heute zugleich die europäischen geworden. Von diesem Standpunkt aus aber wird die Geschichte dereinst denen recht geben, die damals wie heute den bedin-

gungslosen Kampf um die Erhaltung des Reiches als erste aller Aufgaben erkannten und die bereit waren, dieserhalb ihr eigen Gut und Leben geringzuachten.

Als Preußen-Deutschland vor fast 150 Jahren vor dem Ansturm Napoleons zusammengebrochen war und die Freiheit Europas verloren schien, erklärte General Clausewitz, daß in einem ehrenvollen Untergang zugleich die Verheißung der Zukunft beschlossen liege. Mich deucht, daß wir es waren, die am 20. Juli 1944 den Weg des Unterganges in Ehren erwählten und daß wir damit zugleich die Voraussetzungen eines künftigen Aufstieges schufen, der endlich dem gequälten Kontinent den Frieden bringen wird, den der Sieg der Alliierten in unerreichbare Ferne gerückt zu haben schien.

II. TEIL

Deutsche Politik und Remilitarisierungsfrage

Meine Teilnahme an der Godesberger Tagung und die Folgen, die sich daraus für meine Person vor der deutschen Oeffentlichkeit ergaben, führten mich notwendigerweise auf den Weg in die Politik. Immer wieder sind von in- und ausländischer Seite an mich die Fragen gerichtet worden, wie es dazu kam und welches die Grundanschauungen sind, die mich dabei beherrschten. In gedrängter Form möchte ich die Antwort, die ich darauf einem bekannten englischen Offizier und Publizisten gegeben habe, zusammenfassen:

Nach dem Zusammenbruch wurden in Deutschland durch die Besatzungsmächte Parteien lizenziert, die sich in allen vier Besatzungszonen mehr oder weniger als Werkzeuge der jeweiligen alliierten Politik erwiesen. Man beschränkte sich nicht etwa nur darauf, den Nationalsozialismus und seine Folgeerscheinungen nach Kräften zu beseitigen, sondern ging daran, nahezu alle aus der deutschen Vergangenheit überlieferten großen und hohen Werte, nicht zuletzt die durch über ein Jahrtausend bewährte staatliche Ordnung des Reiches zu zerstören. Das konnte niemals die innerste Zustimmung des deutschen Volkes, vor allem nicht der Frontgeneration und der heranwachsenden Jugend finden. Auch in den westlichen Besatzungszonen wurde bis über die Bundestagswahlen hinaus eine freie, dem wahren Volkswillen entsprechende Parteibildung verhindert. Um eine solche durchzusetzen, traten Dr. Gerhard Krüger und Dr Fritz Dorls an mich, der ich als Maurergeselle in Varel lebte, mit der Aufforderung heran, mit ihnen gemeinsam die nationalen Kräfte zu einer politischen Zusammenfassung aufzurufen.

Nach längerer Vorbereitung kam es am 2. 10. 1949 in Hannover zur Gründung der Sozialistischen Reichspartei (SRP). Die gegnerische Propaganda hat vor allem im Ausland den Eindruck hervorzurufen versucht, als handele es sich hier um eine nach dem „Führerprinzip" ausschließlich auf meine Person ausgerichtete Partei.

Eine politische Organisation nach dem „Führerprinzip" würde unserer Grundanschauung und auch meiner politischen Einstellung völlig zuwiderlaufen. An der Spitze der SRP steht ein demokratisch gewählter fünfköpfiger Vorstand mit Dr. Dorls als Parteivorsitzenden, dessen Vertreter ich bin.

Die SRP hat ihre Mitglieder aus allen Teilen und Schichten des deutschen Volkes gewonnen. Sie wird als einzige Partei Westdeutschlands getragen von der Jugend und der jungen Generation der Frontsoldaten des zweiten Weltkrieges, die bis dahin aus dem politischen Leben ausgeschaltet waren und kritisch abseits standen. Natürlich sind in unseren Reihen diejenigen Volksgruppen, die von der seit 1945 eingeschlagenen Politik am stärksten getroffen wurden, wie Heimatvertriebene, Entrechtete, Arbeitslose und Spätheimkehrer besonders stark vertreten, da die Lizenzparteien ihr Vertrauen nicht gewinnen konnten bzw. es enttäuscht haben. Die völlig verfehlte Bonner Politik hat der SRP weite Teile des Bauerntums zugeführt, aber auch in den Arbeiterkreisen gewann sie starke Anhängerschaft.

Der Wahlerfolg der SRP in Niedersachsen ist ein Zeichen der Selbstbesinnung des deutschen Volkes auf seine Würde, seine Ehre und das Ergebnis der völlig verfehlten Nachkriegspolitik der Besatzungsmächte, die an Unfähigkeit sogar die Siegerdiktate nach dem ersten Weltkrieg übertrifft. Man kann ein großes, seine Freiheit liebendes Kulturvolk auf die Dauer nicht entrechten. Auch mit Hilfe einer östlichen oder westlichen Satellitenregierung ist das nicht möglich. Die Bonner Regierung hat es nicht vermocht, die nationale, soziale und wirtschaftliche Not weitester Volksschichten einer Besserung entgegenzuführen und das Vertrauen des deutschen Volkes zu gewinnen. Der Versuch, das Ergebnis der niedersächsischen Landtagswahl aus einem übersteigerten Nationalismus und Radikalismus der SRP erklären zu wollen, ist völlig abwegig. Bei aller Schärfe der grundsätzlichen Kritik an der Besatzungspolitik und dem Bonner Regierungskurs hat die SRP den Wahlkampf mit einer weit größeren Sachlichkeit geführt, als dies unter Mißbrauch öffentlicher Mittel von seiten ihrer Gegner geschehen ist. Das offensichtliche Versagen Bonns vor den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes hat uns die Kritik an den herrschenden Zuständen sowie den Regierungsmaßnahmen und damit den Wahlsieg so leicht gemacht. Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen ist es der SRP zum erstenmal möglich gewesen, in einer Großstadt erheblich an Boden zu gewinnen, trotz des sich gerade dort erfahrungsgemäß besonders stark auswirkenden Gegendrucks. Nicht nur in den Vororten mit ländlichem Einschlag, sondern in reinen Industriearbeitervierteln ist uns ein bedeutender Einbruch gelungen.

Die — besonders im Ausland — oft aufgestellte Behauptung, die SRP sei „neonazistisch", ist ein bewußter Versuch, unsere Zielsetzung zu verfälschen und herabzusetzen. Wir sind der Auffassung, daß es ein grundsätzlicher politischer Fehler wäre, irgendeine durch die Geschichte überwundene Epoche restaurieren zu wollen, gleichgültig, ob es sich um das wilhelminische Kaisertum, die Weimarer Republik oder das Dritte Reich handelt. Natürlich wurzeln wir, wie alle Menschen, in unserer Vergangenheit, die wir wohl überwinden, aber nicht ausschalten können. Wir bemühen uns aus unserer Geschichte zu lernen, um Fehler, die einmal gemacht wurden, zu vermeiden, und das Gute, wo immer wir es finden, zu übernehmen. Ich bin nun der Auffassung, — sonst müßte ich ja an eine Kollektivschuld des ganzen deutschen Volkes glauben — daß

auch in der Epoche von 1933—1945 nicht nur Schlechtes geleistet worden ist. Was wir aber gelernt haben, ist, daß jegliche Form einer Diktatur, ob sie nun von einem Einzelnen oder einer Gruppe ausgeübt wird, daß jeder Einparteienstaat, der den gesunden Gedanken einer politischen Opposition und jede Möglichkeit zu öffentlicher Kritik ausschaltet, abzulehnen ist. Wir haben nicht vor, etwas Negatives, was in Deutschland im Zeitabschnitt der Revolution geschehen ist, beschönigen zu wollen. Aber wir wollen auch nicht versäumen, der neuen Lebensanschauung des 20. Jahrhunderts, die den Einzelnen auf den Grundsatz des freiwilligen Dienstes an der Gemeinschaft verpflichtet, zum Durchbruch zu verhelfen. Wir nehmen als Deutsche das Recht für uns in Anspruch, die Erkenntnis der Verpflichtung zum Sozialismus zu vereinen mit dem klaren Bekenntnis zum nationalen Gedanken und zu unseren volklichen Lebensrechten.

Die SRP bekennt sich zur sittlichen Bindung und Einordnung des Einzelnen in die Gemeinschaft, zur freien und doch dem Ganzen verpflichteten Persönlichkeit und eines der volklichen Eigenart entsprechenden Sozialismus. Daraus ergibt sich die vorbehaltlose Bejahung eines freiheitlichen Aufbaus des inneren Staatslebens und des Prinzips des Rechtsstaates. Im Reichsgedanken bejaht sie die volkmäßig und geschichtlich bedingte staatliche Ordnungsform der Deutschen mit dem Ziel des gleichberechtigten und gleichverpflichteten Einbaus in ein neuzuordnendes Gesamteuropa.

Wir lehnen jede Art von Imperialismus grundsätzlich ab. Das Bekenntnis zum Reichsgedanken bedeutet keineswegs eine deutsche Vorherrschaft im europäischen Raum. Die Achtung vor den geschichtlich gewordenen Formen und Rechten der anderen Völker ist in uns so tief verwurzelt und nach den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit so gestärkt, daß wir jede Schmälerung der Lebensrechte, vor allem der kleinen Nationen, als einen Vorstoß gegen die gesamteuropäische Zielsetzung ansehen. Imperialismus bedeutet Zerstörung der politischen und kulturellen Eigenständigkeit der Völker und damit der Grundlage für eine gesunde Ordnung unseres zerrissenen und zerstörten Erdteils.

Wir verlangen und erwarten aber, daß auch die anderen Völker dem deutschen gegenüber die gleiche Grundhaltung bekunden. Jeder Versuch, die Teilung Deutschlands zu verewigen oder seine staatliche Schwäche durch Herausreißung des Saargebiets und der deutschen Landschaften östlich der Oder-Neisse-Linie aus dem Reichsverband auszunutzen, muß von uns als imperialistische Siegerwillkür angesehen werden, die eine wirkliche Befriedung des Kontinents verhindert. Wer heute in Europa dem Imperialismus huldigt, wer die Saar und die Gebiete östlich der Oder-Neisse von Deutschland losreißen will, betreibt eine Katastrophenpolitik, die eines Tages mit einem neuen Weltkrieg enden muß.

Die SRP will die Einigung aller Deutschen aus freiem Entschluß in einem Deutschen Reich, das frei und unabhängig nach innen und außen sein muß. Dabei soll gesetzlich garantiert werden, daß keine Regierung irgendwo auf deutschen Boden verzichten darf. Erst durch Wiederher-

stellung der deutschen Souveränität und Einheit ist es möglich, Europa zu voller Selbständigkeit als Kraft neben den anderen Weltmächten zusammenzufassen. Auch in der politischen Grundauffassung muß Europa sich von dem engstirnigen westlichen Kapitalismus und dem bolschewistischen Kollektivismus grundsätzlich unterscheiden, wenn es seine Aufgabe in der Welt des 20. Jahrhunderts erfüllen soll. Es muß gelingen, Europa und in ihm Deutschland zum Träger einer neuen gerechten Lebensordnung, die nur eine sozialistische sein kann, zu machen. Dieser — wie ich schon betonte — der volklichen Eigenart jeweils entsprechende Sozialismus soll die schöpferischen Kräfte und Leistungen jeden Volkes und Gesamteuropas zur Meisterung des gemeinsamen Schicksals steigern.

Die Siegermächte des zweiten Weltkrieges haben die Möglichkeit eines rechtzeitigen Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland selbst zerstört, indem sie im Gegensatz zu ihren Maßnahmen in Japan den Fortbestand einer deutschen Regierungsgewalt nach der Kapitulation verhinderten. Sie haben dies noch verschlimmert, indem sie das bisherige Deutsche Reich, das völkerrechtlich auch nach der Niederlage noch fortbestand, willkürlich vierteilten und die einzelnen Stücke der nahezu ausschließlichen Gestaltung der jeweils für zuständig erklärten einzelnen Besatzungsmacht überließen. Als dann der Gegensatz zwischen Ost und West zu einem offenen Konflikt ausartete, hatten die vier Besatzungsmächte selbst die Voraussetzungen für einen Friedensvertrag vernichtet. Der Abschluß eines Friedensvertrages ist aber niemals für einen Teil Deutschlands, sondern nur für das Ganze möglich. Das deutsche Volk hat das unwiderlegbare Recht, in seiner Gesamtheit über sein nationales Schicksal selbst zu bestimmen. Die Errichtung eines Teildeutschlands war ein grundlegender Fehler, der nur durch die unverzügliche Herbeiführung einer gesamtdeutschen staatlichen Lösung beseitigt werden kann. So lange die Zweispaltung der Welt in der Form eines offenen Konflikts fortbesteht, wird es nicht möglich sein, eine völkerrechtlich gültige Friedensregelung in bezug auf Deutschland zu treffen.

Aus meinen bisherigen Ausführungen ergibt sich mit Klarheit, daß wir uns niemals von unseren Brüdern in der Sowjetzone trennen lassen werden. Mit unseren Brüdern sind wir zu jeglicher Zusammenarbeit nicht nur bereit, sondern verpflichtet. Andernfalls würden wir Deutsche Selbstverstümmelung betreiben. Wer aber wollte von uns verlangen, daß wir das tun? Etwa diejenigen, die, wie Engländer und Amerikaner, Sowjets und Franzosen, die letzte Verantwortung für die Spaltung Deutschlands tragen? Eine echte Zusammenarbeit ist aber nur in Freiheit, nicht zwischen Satellitenregierungen möglich.

Zum Bolschewismus, gegen den meine Generation von ihrer Jugend an im leidenschaftlichen politischen und soldatischen Abwehrkampf gestanden hat, gibt es für uns niemals eine Brücke. Es ist ein Beweis für das völlige Versagen der westdeutschen Politiker, daß sie in ihrer entschlußlosen Schwächlichkeit ausgerechnet die gesamtdeutsche Frage dem bolschewistischen Propagandarummel überlassen haben.

Als ein Charakteristikum der Bonner Regierung muß es angesehen werden, daß alle grundsätzlichen politischen Entscheidungen in Deutschland seit dem Zusammenbruch im Widerspruch zu den inneren Lebensgesetzen und dem echten Willensausdruck des Volkes stehen, daß auch die einschneidendsten Maßnahmen in Westdeutschland seit 1945 ohne direkte Zustimmung des Volkes durchgeführt worden sind. Die Lizenzierungspolitik der Besatzungsmächte hat bei der Parteibildung wesentliche Kräfte ausgeschaltet. Das Grundgesetz wurde nicht von einer direkt gewählten Volksvertretung ausgearbeitet und auch, entgegen den ursprünglichen Versicherungen, nicht durch Volksabstimmung bestätigt. Das Staatsoberhaupt wurde nicht in direkter Wahl durch das Volk bestimmt. Nun wird die Remilitarisierung Westdeutschlands, an deren Möglichkeit bei Erlaß des Grundgesetzes und bei der Wahl des Bundestages nicht einmal gedacht war, auf internationalem Verhandlungswege einfach durchgepeitscht, um dann im Bundestag wahrscheinlich nur mit knapper Mehrheit bestätigt zu werden. Entscheiden über sein Grundgesetz und über die rechtliche Regelung seines Verteidigungswillens muß in einer Demokratie aber das Volk selbst, und zwar in seiner Gesamtheit. Diese Entscheidung darf nicht in einer privaten Aktion fallen oder mit Hilfe einer vom Ausland her dirigierten Partei betrieben werden. Sie muß auf dem offiziellen Weg einer Volksabstimmung oder zum mindesten durch eine direkt für diesen Zweck gewählte Volksvertretung erfolgen.

Ueberhaupt können alle Entscheidungen über deutsche Fragen nicht von einem Teilstaat, sondern nur von einer international gleichberechtigten gesamtdeutschen Vertretung gefällt werden. Den verantwortlichen Männern der Bundesrepublik scheint jeder Sinn für die einmalige Chance, die ihnen gegenwärtig für einen Vorstoß in der gesamtdeutschen Frage geboten wird, zu fehlen. Deutschland kann seine europäische Aufgabe, zu der es bereit ist, nur als Einheit und mit gleichen Rechten erfüllen.

Wie in Versailles und St. Germain durch Haß und Habsucht der Grundstein zu neuem Unheil gelegt wurde, so verfuhr man in Teheran, Yalta und Potsdam nach demselben, in seiner Wirkung verheerenden Prinzip der Unordnung. Die Welt teilte man in zwei Teile auf, in Ost und West. Auf der einen Seite stand Amerika, auf der anderen Sowjetrußland als beherrschender Machtfaktor. Die Politik dieser beiden Welt-Giganten lief darauf hinaus, die jeweils noch freien Völker und Räume entweder in die östliche oder westliche Machtkonzeption ein- und unterzuordnen.

Wir Deutsche bekamen die Folgen eines solchen Welt-Dualismus am meisten zu spüren, weil die Demarkationslinie mitten durch unser deutsches Herz geschnitten wurde. Bedauerlich ist, daß von seiten unserer verantwortlichen Politiker bis zum heutigen Zeitpunkt noch nicht einmal der Versuch gemacht worden ist, eine wirklich eigenständige deutsche und damit europäische Politik zu betreiben. Bonn hat mehr oder weniger die Politik des politischen Westens, Pankow die Politik des politischen Ostens zur Durchführung gebracht. Diese Einordnung geschah

bisher auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene. Nunmehr steht unmittelbar die militärische Eingliederung bevor.

Wir haben damit planmäßig den Auf- und Ausbau eines Festungsgeländes mitbetrieben, der bisher mit den Methoden des kalten Krieges geführt wurde, so daß es bei einer Weiterbefolgung einer solchen Satellitenpolitik nur noch eine Frage der Zeit ist, wann dieser kalte Krieg zwangsläufig einmal in einen heißen Krieg ausmünden muß.

Die Sozialistische Reichs-Partei steht hinsichtlich der Remilitarisierungsfrage im Gegensatz zu Bonn und Pankow auf dem Standpunkt, daß es die vornehmste Aufgabe deutscher Politiker und Staatsmänner sein müßte, unter allen Umständen die Substanz des deutschen Volkes, das Leben unserer Nation, über die kommende Auseinandersetzung hinüberzuretten. Ein jedes Remilitarisierungsgespräch hat deshalb auszugehen von der Unversehrbarkeit des deutschen Raumes. Wir sind der Meinung, daß die Frage der Remilitarisierung kein militärisches, sondern ein politisches Problem ist. Es müßten zunächst einmal verantwortungsbewußte deutsche Staatsmänner und Politiker den Rahmen, die Grundlage schaffen, bevor deutsche Militärs in militärische Verhandlungen mit östlichen oder westlichen Generälen eintreten.

Wir haben kein Verständnis dafür, wenn das zu einem Zeitpunkt geschieht, wo wir noch nicht einmal unsere Souveränität, einen Friedensvertrag besitzen und jeder, der bei der kommenden Auseinandersetzung mit der Waffe in der Hand angetroffen wird, mit Recht als Freibeuter erschossen werden kann. Wir haben kein Verständnis dafür, wenn das alles zu einem Zeitpunkt geschieht, wo Ehrenmänner wie Dönitz und Raeder als Kriegsverbrecher in Spandau hinter Zuchthausmauern festgehalten und dort weitaus ärger behandelt werden, als beispielsweise eine Ilse Koch oder ein vielfacher Mörder Pleil. Das gleiche trifft zu für die Feldmarschälle Kesselring und Manstein in Werl oder Sepp Dietrich in Landsberg und andere, die dort für Maßnahmen sitzen, die nur bei Deutschen als Kriegsverbrechen abgeurteilt werden.

Wir haben auch kein Verständnis dafür, daß wir unter diesen politischen Voraussetzungen für fremde Interessen Soldaten stellen sollen, wenn zur selben Zeit noch Hunderttausende von Kriegsgefangenen in Rußland wider jedes Völkerrecht zurückgehalten werden und von seiten der Bundesregierung und der westlichen Welt nicht alle politischen und wirtschaftlichen Druckmaßnahmen zur Anwendung gebracht werden, um diese unsere unglücklichen Kameraden zurückzufordern, ja wenn zur gleichen Zeit beispielsweise in Frankreich noch über 2000 SS-Leute zum Teil ohne Gerichtsurteil hinter Kerkermauern für Taten zurückgehalten werden, von denen französische Advokaten festgestellt haben, daß bei Anlegung des strengsten Maßstabes überhaupt nur 5 % dieser Männer in den Gegenden gewesen sein können, in denen die angeblichen Verbrechen vorgekommen sein sollen.

Ich weiß nicht, wie man es mit der Ehre des deutschen Soldaten vereinbaren will, unter derartigen Voraussetzungen Deutsche als Soldaten anzubieten. Remilitarisierungsverhandlungen durften überhaupt nicht aufgenommen werden, so lange die klare Forderung auf Befreiung

der in westalliierten Gefängnissen sitzenden deutschen Soldaten nicht verwirklicht worden ist. Es gibt einen Punkt in der Ehrenfrage für das deutsche Volk, über den weder die Regierung noch von ihr beauftragte Unterhändler noch dazu mit Offiziersrang hinausgehen dürfen.

Ich möchte aber das Problem der Remilitarisierung ohne jegliche Ressentiments von einer sehr nüchternen sachlichen Warte aus behandeln. Fest steht jedenfalls, daß Rußland auf dem Gebiete des kalten Krieges dem politischen Westen erheblich überlegen ist. Dagegen kann es den heißen Krieg am allerwenigsten wünschen. Denn Rußland weiß sehr genau, daß es auf die Dauer dem amerikanischen Kriegs- und Rüstungs-Potential erheblich unterlegen ist, da es enorme wirtschaftliche Engpässe hat, die durch das Entstehen des „Eisernen Vorhangs" nur noch verstärkt worden sind. Daher hat sich Rußland — im Rahmen seiner imperialistischen Bestrebungen — sehr geschickt und planvoll mit einer Unzahl von Kolonialvölkern und Satellitenstaaten in Form eines weltweiten Panzer- und Festungsgürtels umgeben. Es ist bestrebt, durch Inszenierung von Bürgerkriegen in China, Korea, Indochina, Tibet usw. das von weither heranzubringende übermächtige Kriegs- und Rüstungs-Potential Amerikas möglichst an einer Gummi-Front von 10 000 bis 15 000 km auf einem Nebenkriegsschauplatz festzulegen, sich abnutzen und verschleißen zu lassen.

Es steht ferner fest, daß Rußland bisher mit dieser Taktik Erfolg gehabt hat. Allein in Korea sind namhafte amerikanische Kräfte festgelegt, die nunmehr um den 38. Breitengrad zu kämpfen gezwungen sind. Aus einer solchen Schau wird es auch verständlich, weshalb Anfang 1951 die siegreich vorrückenden chinesischen Streitkräfte die UNO-Truppen nicht ins Meer warfen, sondern weshalb man diese zunächst unmotiviert wieder vorrücken ließ und nunmehr einmal nördlich, einmal südlich des 38. Breitengrades kämpfen läßt. Man ist von seiten Moskaus gar nicht daran interessiert, diese Front zu bereinigen, sondern im Gegenteil braucht man auf einem Nebenkriegsschauplatz die Bindung möglichst starker westlicher Kräfte, damit sie auf einem eventuellen Hauptkriegsschauplatz nicht in Erscheinung treten können.

Rußland und Amerika wie auch wir Europäer wissen sehr genau, daß z. Zt. weder der asiatische noch der europäische Raum die entscheidenden Spannungsfelder der Welt sind. Der neuralgische Punkt dieser Weltzuspitzung aber liegt in Wahrheit im Süden, in Persien und im vorderen Orient. Auf der einen Seite befindet sich das amerikanisch-englische, auf der anderen Seite im Kaukasus das russische Oel, und zwar im Verhältnis 1:11. Verliert Moskau seine im Kaukasus konzentriert auftretenden Oelvorkommen, so hat Rußland von vornherein die kommende Weltauseinandersetzung verloren. Verliert aber der politische Westen sein Oel, so hat auch dieser bei einer kommenden Weltauseinandersetzung weitaus geringere Erfolgsaussichten, diesen Kampf in der Anfangsphase siegreich überstehen zu können. Aus diesen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gegebenheiten heraus bin ich deshalb der Meinung, daß Rußland den Hauptaufmarsch seiner militanten Kräfte

zum Schutze seines Lebensnerves im Süden vornehmen muß. Moskau kann deshalb am allerwenigsten am Entstehen einer dritten Front in seinem Rücken in Europa interessiert sein. Es sieht so aus, als wenn der alte Hitlersche Feldzugsplan nur mit umgekehrten Vorzeichen erneut in Szene gesetzt werden soll. Wir sind im vergangenen Weltkrieg aus dem europäischen Raum offensiv nach Rußland hineingestoßen, um mit einer Zangenbewegung den Kaukasus auszuschalten. Die zweite Zangenbewegung sollte durch den Feldmarschall Rommel aus dem nordafrikanischen Raum ebenfalls in Richtung Vorderer Orient—Kaukasus geführt werden.

Durch den Auf- und Ausbau des Mittelmeer- und des nordafrikanischen Raumes scheint heute Amerika seinen Schwerpunkt eindeutig nach dem Süden verlagert zu haben, während uns Europäern nur die Aufgabe zufallen soll, möglichst starke russische Kräfte in der Tiefe des europäischen Raumes durch hinhaltenden Widerstand zu binden. Das würde für uns Deutsche bedeuten, daß wir bei einer kommenden Auseinandersetzung Weltkriegsschauplatz werden. Bei einer derartigen Planung hat sich zweifelsohne Amerika und damit auch Bonn für das persische Oel gegen 66 Millionen Deutsche entschieden.

Wie sieht es aber mit der europäischen Verteidigungsmöglichkeit z. Zt. aus? Die Arbeit Eisenhowers in Europa hat zweifellos ergeben, daß die europäische Verteidigungsbereitschaft in Anbetracht der italienischen, französischen und Benelux-Streitkräfte praktisch wenig Bedeutung hat. Hinzu kommt noch, daß in Italien und Frankreich ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung kommunistisch gewählt hat, weshalb die zu erwartende Kampfmoral ebenfalls negativ beurteilt werden muß. Um überhaupt eine europäische Verteidigungsbereitschaft zu ermöglichen, mußte deshalb auf Westdeutschland zurückgegriffen werden. Der Schumanplan sollte die materielle, die Remilitarisierung die personelle Aufrüstung im Sinne eines europäischen Randstaatengebildes sicherstellen. Nach den Ausführungen des damaligen französischen Verteidigungsministers Jules Moches sollen wir Deutsche die Ehre haben, zwischen Elbe und Rhein die Gefechtsvorposten stellen zu dürfen. Deshalb die Vorbereitung zur Sprengung der Brücken, zur Unterminierung in Richtung auf den Rhein führender Straßen und die Vorbereitung einer eventuellen Sprengung des Loreleyfelsens zwecks Anstauens des Oberrheins, damit sich die Gefechtsvorposten für die Maginotlinie dort einige Stunden länger aufhalten können.

Zweifelsohne hat Amerika heute politisch und damit — trotz aller Erkenntnisse gewisser amerikanischer Militärs — auch militärisch auf die französische Karte gesetzt. Unser Potential soll damit nur der Stärkung eines europäischen Randstaatengebildes dienen, statt daß wir umgekehrt eine Politik treiben, die zur Stärkung des mitteleuropäischen Raumes führt. Amerika wird spätestens in einem Jahr sich davon überzeugen lassen müssen, daß die französische Karte nicht sticht.

Solange man uns eine Remilitarisierung zumutet, ohne daß die zukünftigen Waffenträger wissen, wofür sie kämpfen sollen, und solange

man Deutschland als kommenden Weltkriegsschauplatz vorsieht, wird man hier in Deutschland keine soldatischen Kräfte finden, die sich unter derartig undeutschen und uneuropäischen Voraussetzungen zur Verfügung stellen. Es ist deshalb auch kein Zufall, daß sich bisher nur Generäle ohne maßgeblichen Rang und Namen für eine Remilitarisierung in diesem Sinne angeboten haben.

Die Sozialistische Reichs-Partei ist der Auffassung, daß durch eine derartig unzureichende Aufrüstung Westeuropas im Sinne Amerikas die Gefahr eines russischen Präventivkrieges besonders gegeben ist, da Moskau die Entstehung einer tödlichen Bedrohung in seinem Rücken auf die Dauer nicht hinnehmen kann. Rußland müßte in Anbetracht der kommenden Auseinandersetzung um den neuralgischen Punkt im Kaukasus zuvor zu einem Präventivkrieg antreten, um sich der amerikanischen Rückenbedrohung in Europa zu entledigen. Das würde aber für uns Deutsche bedeuten, daß wir mit Gewißheit Kriegsschauplatz werden. Eine spätere Befreiung durch den politischen Westen wäre für uns völlig uninteressant. Denn bevor der Russe antritt, wirft er vermutlich zunächst seine Bomben. Wenn die Sowjets hier durchziehen, kommen die Bombenteppiche der westlichen Welt, wahrscheinlich auch die Atombomben an die Reihe. Stimmen Amerikas haben offen zugegeben, daß das Ruhrgebiet unter russischer Obrigkeit eine Atombombe wert sei. Herr Eisenhower hat erklärt, daß auch er bereit sei, die Atombombe zum Einsatz zu bringen, wenn es dem Nettogewinn Amerikas entspräche. Nach der Befreiung würde das gleiche Schicksal erneut über uns hinweggehen, vermutlich die Hälfte der Deutschen nicht mehr am Leben sein, die letzten Energieträger befänden sich entweder im politischen Osten oder Westen, die Bergwerke stünden unter Wasser, die Industrien würden bis zu den Grundmauern abgebaut usw.

Eine solche erneute Befreiung würde bei uns in einem unvorstellbaren Ausmaße das zur Wirklichkeit werden lassen, was in Korea bereits Tatsache wurde. Dort fragt sich mit Recht jeder Koreaner: was nützt uns eine amerikanische Befreiung? Außer Trümmern und Toten gibt es hier praktisch nichts mehr zu befreien. Eine solche erneute Befreiung würde aus manchen amerikanischen Augen gesehen vielleicht in der Endphase eine Lösung des russischen Problems bedeuten, aber gleichzeitig damit auch die Lösung der deutschen Frage im gleichen Atemzuge, also nichts anderes als die Fortsetzung des Morgenthauplanes mit anderen Mitteln. Wir Deutsche können doch nicht dadurch, daß wir auf der einen Seite russische und auf der anderen Seite amerikanische Soldaten stellen, für die andern den Winkelried spielen, indem wir für fremde Interessen uns selbst die Speere in die Brust drücken, d. h. uns durch einen verheerenden Bruderkrieg selbst dezimieren und uns darüber hinaus noch zum Weltkriegsschauplatz verurteilen lassen. Durch eine solche Politik erreichen wir nur, daß wir uns in den ersten Bataillonen für fremde Interessen opfern, statt eine Politik zu treiben, die es verhindert, daß wir Weltkriegsschauplatz werden, und die uns vielleicht einmal in den Stand versetzt, das letzte Bataillon auf das Schlachtfeld zu führen.

Unsere Politik muß deshalb darauf hinauslaufen, zwischen den beiden Spannungsfeldern Ost und West ein trennendes Element, den gesamteuropäischen Kontinent mit einem gleichberechtigten und gleichgeachteten Deutschland, zu schaffen. Wir müssen den bisher getätigten Auf- und Ausbau des Festungsgeländes in einen Abbau verwandeln, indem wir nicht eine neutrale Zone, sondern den Ansatzpunkt für die Bildung einer dritten Kraft schaffen, die zwischen den beiden Weltgiganten, sich zu behaupten in der Lage ist. Das kann nur geschehen, wenn der deutsche Raum als das Herzstück des Abendlandes wieder in die Funktion des Herzens tritt, wenn wir eine Politik treiben, die den Notwendigkeiten unseres Raumes Rechnung trägt. Es gilt, den Eisernen Vorhang, der mitten durch Europa und damit mitten durch das deutsche Herz gezogen ist, in eine Schutzmauer um Europa zu verwandeln, damit wir als gleichberechtigter Partner innerhalb der anderen europäischen Völker Herr und Souverän in unserem eigenen Lande sind. Ich glaube, wenn dieser Frontraum des Friedens geschaffen ist, wird es hier niemanden mehr geben, der nicht zur Erhaltung unserer Freiheit bereit wäre, sich und seine Habe zu opfern. Wir wollen nicht als amerikanische oder russische Soldaten für fremde Interessen verbluten, sondern nur für unsere ureigensten deutschen und europäischen Interessen kämpfen. Amerika hat erkennen müssen, daß es ohne den anständigen deutschen Frontsoldaten nicht möglich sein wird, eine europäische Front aufzubauen. Deshalb sind wir auch als besiegtes und waffenloses Volk eine absolut reale Macht. Dem werden auch die Sowjets Rechnung tragen müssen. Denn Rußland hat durch ein Hineinstoßen seiner militanten Kräfte in den europäischen Raum auf die Dauer nichts gewonnen. Rußland wäre genau wie wir im vergangenen Krieg durch die Besetzung Norwegens gezwungen, eine Unzahl von Divisionen, die damit beim Entscheidungskampf ausfallen würden, zur Besetzung verwundbarer Flanken auf Eis zu legen. Die Hauptsache ist, daß es hier in Europa und in Deutschland in den nächsten Jahren gelingt, den Willen zur Freiheit und den Willen zu einer eigenständigen deutschen und europäischen Politik zu mobilisieren und damit einen eigenständigen politischen Faktor zu schaffen, der nicht gewillt ist, sich vor den östlichen, aber auch nicht vor den westlichen Wagen spannen zu lassen.

Es ist kein Zweifel, daß der Kreml mit dem von ihm veranlaßten Vorstoß Grotewohls in der Frage der „gesamtdeutschen Wahlen" ein konkretes politisches Ziel erreichen will. Es ist ihm gelungen, eine Verwirrung im westlichen Lager anzurichten. Bundeskanzler Dr. Adenauer hat im ersten Augenblick mit einem glatten Nein geantwortet. Damit hat er den Bolschewisten eine propagandistische Waffe in die Hand gegeben. Auch eine nachträgliche Korrektur hat diesen Fehler Adenauers nicht ausgleichen können. Man gab sich in Bonn zunächst den Anschein der Gelassenheit, um dann eine übereifrige Scheininitiative zu entfalten. Daß die SEDisten nur auf Befehl Moskaus gehandelt haben und in Wahrheit eine Gefährdung ihres eigenen Einflusses befürchten, ist unverkennbar. Was aber wollen die Russen? Handelt es sich nur um ein taktisches Manöver oder ist es ein Angebot, das ernsthaft gemeint ist?

Die SPD will, geschickter als die Regierung, die Probe aufs Exempel machen, um durch den Prüfstein Berlin hinter das Geheimnis der russischen Absichten zu kommen. Ist dies so einfach, wie die Herren Dr. Schumacher und Reuter sich das vorstellen? Die Sowjets verfolgen konkrete Zwecke. Sie werden freie gesamtdeutsche Wahlen, über deren Ergebnis sie nicht im unklaren sein können, dem Westen nicht als Geschenk ohne Gegenleistung hinwerfen. Stalin wird sich nicht, wie Adenauer hinsichtlich des Westens, zu einer Vorleistung ohne Sicherung des Ergebnisses bequemen.

Die Russen fürchten, wie dargelegt, die Entstehung einer dritten Front, die sie zwingen könnte, im Falle eines bewaffneten Konfliktes in Europa so starke Kräfte zum Einsatz zu bringen, daß die weiche Stelle ihres Verteidigungsgürtels im Vorderen Orient noch stärker gefährdet werden würde. Stalin weiß, welch ein Gegner der deutsche Soldat gewesen ist. Auch wenn Bewaffnung und innere Wehrbereitschaft Deutschlands einen Vergleich mit 1941 nicht aushalten und deshalb den zukünftigen westdeutschen Einheiten nicht die gleiche Kampfkraft wie damals zuerkannt werden könnten, sieht er in der Einbeziehung der Bundesrepublik in die atlantische Planung eine entscheidende Verstärkung der westeuropäischen Militärkraft. Diese würde eine entsprechend größere Schwächung an der für Rußland lebenswichtigen Front im mittleren Orient zur Folge haben.

Deshalb muß Grotewohl gegen sein persönliches und gegen das Parteiinteresse den Vostoß in der gesamtdeutschen Frage unternehmen, um einen Ansatz für die wirkungsvolle Einschaltung Sowjetrußlands in das westdeutsche Remilitarisierungsproblem noch in letzter Minute zu schaffen. Es scheint so, als wolle Stalin andeuten, daß er zu sehr konkreten Zugeständnissen bereit wäre, wenn man ihm in dieser Frage entsprechend entgegenkommen will. Aber es ist nicht damit zu rechnen, daß der Kreml ein Stück seiner Position in Berlin im Vorleistungswege aufgibt, ohne daß hinsichtlich des Gesamtproblems, um das es ihm geht, zum mindesten eine Vorklärung erzielt worden ist. Das Ganze stellt für die Sowjets eine untrennbare Einheit dar, was die Bundesregierung und auch die SPD in ihrer Stellungnahme nicht berücksichtigten.

Für uns Deutsche steht Erhebliches auf dem Spiel. Wahrscheinlich sogar unsere Existenz als Volk schlechthin. Wenigstens besteht die Gefahr, daß — wenn wir die Situation nicht nutzen — die Möglichkeit der Wiederherstellung der deutschen Einheit auf absehbare Zeit hinausgeschoben ist und vielleicht erst über einen Krieg, der trotz gelungener Operation den Tod des Patienten bedeuten könnte, erneut geschaffen werden kann.

Bonn aber läßt immer noch jede wirkliche Initiative in dieser Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit vermissen. Dem Bundeskanzler scheint eine solche Chance nicht in seinen starr festgelegten Weg der zukünftigen politischen Entwicklung hineinzupassen. Die günstige Position, die wir Deutsche zur Zeit haben, wird in keiner Weise wirklich im deutschen Interesse genutzt. Offensichtlich geht es Dr. Adenauer

darum, jedes westliche Mißtrauen gegen Deutschland durch ein völliges Einschwenken auf einen politischen Kurs, der westlicher als der Westen selbst ist, zu beseitigen. Nur so ist seine Haltung in der Saarfrage, in bezug auf den Schumanplan und den deutschen Verteidigungsbeitrag innerhalb einer Europaarmee zu verstehen, die fast als deutsche Selbstaufgabe zur Verteidigung fremder Insassen bezeichnet werden kann. Nur so ist auch zu begreifen, daß er sich sofort positiv zum neuesten Schuman-Vorschlag, Montanunion und Plevenplan durch eine europäische politische Organisation zur Festlegung einer gemeinsamen Außenpolitik zu ergänzen, äußert, obgleich in Paris in erster Linie ein antideutscher Zweck angegeben wird: Verhinderung einer eigenbrötlerischen Politik der Bundesregierung nach Gewinnung der relativen oder vollständigen Souveränität durch Westdeutschland. Aber Bonn hat durch seine Diskriminierungsmaßnahmen gegen die Nationale Opposition, die mit Absicht in der Welt als Neofaschismus verdächtigt wird, selbst dazu beigetragen, das Vertrauen des Auslands zu erschweren.

Der Bundeskanzler geht mit starrer Folgerichtigkeit und Blindheit seinen Weg. Angesichts der Not unserer Heimatvertriebenen und Ausgebombten wagt er die Formulierung, daß eine Zurückstellung des Wohnungsbaues zugunsten des Verteidigungsbeitrages „nicht nur klug, sondern auch sozial“ sei. Hermann Göring würde mit seinen Worten von den „Kanonen statt Butter“ in Neid vor soviel Aufrüstungsbegeisterung eines Zivilisten erblassen.

Herr Spaak hat in Hamburg angedeutet, worum es für die Westmächte geht: Klare Eingliederung Deutschlands nicht in die europäische, sondern in die atlantische Gemeinschaft, also mit dem Zweck der atlantischen und nicht der europäischen Verteidigung. Das bedeutet Schlachtfeld Deutschland. Wir Deutsche aber sollten den Mut haben, eine Chance, die uns das Schicksal nach einem tiefen Zusammenbruch überraschend zugeworfen hat, den hohen Wert, den unser Blut und die soldatische Kraft unseres Volkes im Augenblick trotz allem darstellen, auszunutzen für die eigenen Lebensinteressen, die zugleich die europäischen sind. Damit würden wir die Entscheidung fällen für eine Lösung des Friedens. Wenn aber über die deutsche Einheit entschieden wird, dann haben nicht Franzosen und Engländer, Russen und Amerikaner, sondern die Deutschen das Wort. In dieser Stunde könnte sich wirkliche Diplomatie in einzigartiger Weise bewähren, wenn sie sich mit dem Willen des Volkes paart, der Frieden und Recht, Freiheit und Einheit für alle Deutschen will.

Die Erkenntnis, daß ein Ueberleben des Abendlandes überhaupt nur möglich sein wird, wenn man das Deutsche Reich wieder herstellt, wird um so eher auch den anderen Völkern aufgehen, wenn wir gewillt sind, unsere eigenen Interessen zu vertreten. Europa wird leben, wenn Deutschland lebt, und Europa wird zugrunde gehen, wenn man uns zu vernichten die Absicht hat. Je mehr wir heute unsere berechtigten nationalen Interessen vertreten, um so bessere Europäer sind wir deswegen.